

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 09 86 846-48 ppbn d



## Inhalt

33. Jahrgang / 48

9. März 1976

Willy Brandt zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und Bayern.

Seite 1/2

Helmut Rohde MdB: Mit Aussperrung kann soziale Frage nicht vom Tisch gebracht werden.

Seite 3

Bundesminister Egon Franke zeigt auf, was Entspannungspolitik in Deutschland tatsächlich kostet.

Seite 4 6

Bruno Friedrich: CDU/CSU erhielt in Brüssel peinliche Lektion in Sachen Demokratie.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Ein Nachwort zu den Kommunalwahlen

Rückschlüsse auf Landtagswahlen nur in geringem Umfang möglich

Von Willy Brandt  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

In ihrer ersten Stellungnahme hatte die SPD von einem ermutigenden Ergebnis in Schleswig-Holstein und einem "sowohl als auch", einem durchwachsenen Resultat also, in Bayern gesprochen. Dies bestätigt sich, nachdem alle amtlichen Zahlen vorliegen.

Vernünftige Rückschlüsse auf den Ausgang der vor uns liegenden Landtagswahlen in diesen Ländern sind jedoch nur in geringem Umfang möglich. Kommunalwahlen haben nun einmal ihre eigene Bedeutung. Bundespolitische Relevanz - um nicht zu sagen Brisanz - allerdings dürfte die zu erwartende Verschärfung des unionsinternen Nord-Süd-Gegensatzes haben, die in dem Auseinanderklaffen der Ergebnisse von Stoltenbergs CDU in Schleswig-Holstein und von Straussens CSU in Bayern angelegt sind.

In Schleswig-Holstein hat es - zumal in den kreisfreien Städten - durchweg Ergebnisse gegeben, die für die Landtagswahlen im nächsten Jahr auf eine Ablösung der CDU hinweisen.

Dort, wo es - wie etwa in Lübeck oder Pinneberg - in der örtlichen SPD ärgerliche Spannungen gegeben hatte, hat sich nach

deren Bereinigung das Vertrauen für Sozialdemokraten wieder stabilisiert. Es ist weiter ausbaufähig. Dies wird in der noch immer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung in den Städten deutlich.

Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein können ihre Positionen weiter ausbauen, wenn sie aus diesem Befund die richtigen Konsequenzen ziehen. Die Chance für Landtagswahlen liegt für die SPD in der Erfahrung, daß die CDU ihr Wählerpotential bereits weitgehend ausgeschöpft, aber auch zu einem hohen Grade mobilisiert hat, während es für die Sozialdemokraten - zumal in ihren Traditionsgebieten - noch erhebliche Reserven gibt.

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung werden hierbei die sogenannten "Grünen Listen" spielen, die ja diesmal nur in ein paar Kreisen aufgetreten sind. Die SPD wird den Wählern klarzumachen haben, daß sie die bessere Vertretung der an diesen Problemen ernsthaft Interessierten sein kann.

In Bayern hat es neben harten Verlusten auch erfreuliche Resultate gegeben. Es hat sich gezeigt: Bayern und München sind nicht identisch. Der Wahlausgang in der Landeshauptstadt nötigt uns, möglichst vielen klarzumachen:

- o Daß die innerparteiliche Situation in München konsolidiert wurde, hat sich noch nicht hinreichend durchgesetzt.
- o Es verdient große Beachtung, daß die sozialdemokratischen Frauen im Münchner Stadtrat ein sehr deutliches Sondervotum durch die Wähler erhielten. (Von 31 Münchner SPD-Stadträten sind 11 Frauen!)
- o Mit Blick auf die Landtagswahlen muß dem Problem der schlechten Wahlbeteiligung in München besonders nachgegangen werden.

Andere bayerische Großstädte wie Würzburg, Nürnberg und Augsburg haben sich gut behauptet. Von ihnen werden wichtige Impulse ausgehen können für die Vertrauensarbeit in Bayern. Keines dieser vergleichsweise günstigeren Ergebnisse ist ohne aktive und solidarische Unterstützung durch die jeweiligen Parteiorganisationen möglich gewesen.

Die bayerische SPD hat Grund zum Selbstbewußtsein und nicht zur Selbstzerknirschung. Alle Vermutung spricht dafür, daß unsere bayerischen Freunde bessere Zeiten vor sich haben.

Die Freien Demokraten haben sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Bayern Stimmeneinbußen hinnehmen müssen. Dies mag damit zu tun haben, daß sie als kleinere Partei auf kommunaler Ebene keine gewichtige Rolle spielen können und deshalb vor allem über die Medien, fast überwiegend in bundes-, allenfalls noch landespolitischen Zusammenhängen vom Wähler wahrgenommen werden. Hier und da könnten widersprüchliche Erörterungen über die Zukunft des sozial-liberalen Bündnisses in Bonn durchgeschlagen haben.

Im ganzen läßt sich aus den Kommunalwahlen in den beiden Ländern nichts ablesen, was die sozial-liberale Koalition im Bund entmutigen müßte. Im Gegenteil lassen sich Fakten ablesen, die einerseits ermutigend sind und andererseits zu besserer Vertrauensarbeit nachdrücklich auffordern.

(-/9.3.1978/bgy/ja)

## Wohlrabes Zahlenspiel ist grober Unfug

Was Entspannungspolitik in Deutschland tatsächlich kostet

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Vor etwa zwei Wochen beantwortete die Bundesregierung pflichtgemäß ein weiteres Mal eine kleine Anfrage von Abgeordneten der Oppositionsfraktion betreffend "Zahlungen an die DDR und die anderen Ostblockstaaten sowie Warenaustausch mit der DDR und den anderen Ostblockstaaten in den Jahren 1970 bis 1977 einschließlich". Das Schema der Anfrage wie der Antwort ist mittlerweile fest eingespielt. Nur daß die Zahlen fortgeschrieben werden.

Fest eingespielt ist auch die Art und Weise, wie der Berliner Abgeordnete Wohlrabe die von der Bundesregierung genannten Zahlen zusammenmißt und dann unter die Leute bringt; denn - so sagte er am 28. Februar in einem Rundfunkinterview - es sei "wichtig, daß die Öffentlichkeit weiß, was uns die Entspannungspolitik kostet". Diesmal meldete der Abgeordnete für die letzten acht Jahre "mehr als elf Milliarden DM an Zahlungen und Vergünstigungen" zugunsten der DDR.

Diese Zahl, man verzeihe den drastischen Ausdruck, ist grober Unfug. Allein 4,7 Milliarden von diesen elf Milliarden bringt der Abgeordnete dadurch zusammen, daß er die im Jahresdurchschnitt ausgenutzten Swing-Beträge schlicht zusammenzählt, als wenn das Zahlungen an die DDR gewesen wären. Richtig ist, daß der DDR vertragsgemäß die Zinsen für die Überziehungskredite erspart geblieben sind.

Somit bleiben von den Wohlrabe'schen elf Milliarden noch ca. 6,6 Milliarden. Aber auch diese Zahl ist noch Unfug. Denn sie zählt kunterbunt Äpfel und Birnen zusammen. Ein Viertel dieser Summe von 6,6 Milliarden, nämlich 1,7 Milliarden, nimmt allein die Transitpauschale für den Berlin-Verkehr ein, welche die Bundesregierung aus dem Bundeshaushalt an die DDR abgeführt hat. Diese Summe für die Transitpauschale addiert der Abgeordnete unbekümmert mit Schätzwerten zusammen, z.B. mit Schätzwerten über die Devisen-Einnahmen der DDR aus dem Mindestumtausch, obwohl diese Beträge

- a/ nicht aus öffentlichen Haushalten geleistet werden;
- b/ nicht aufgrund von Vereinbarungen mit der DDR festgelegt sind;
- c/ dem einzelnen Reisenden nicht einfach abgenommen, sondern eben in Mark der DDR umgetauscht werden, die er dann innerhalb der DDR verbrauchen kann; er kann damit essen gehen, oder Straßenbahn fahren, oder sich die Haare schneiden lassen und sonstwas damit anstellen.

Auf jeden Fall dürfte deutlich sein, der Mindestumtausch ist zwar eine Deviseneinnahmequelle für die DDR, mit der Transitpauschale aber und ähnlichen Leistungen ist er nicht vergleichbar.

Um nun wirklich zu einer Aussage zu kommen, die in sich hieb- und stichfest ist und mit der der Bürger etwas anfangen kann, sei die konkrete Frage behandelt, welche Be-

träge der Steuerzahler 1977 für welchen Zweck in Richtung DDR aufgewendet hat. Wohl- gemerkt, der Steuerzahler, indem er Steuern bezahlt und sonst in keiner Weise privat oder geschäftlich in Richtung DDR aktiv geworden ist; das sind bekanntlich gut drei Viertel unserer Bevölkerung. Die Antwort auf diese Frage muß folglich alle die Be- träge erfassen, die aus öffentlichen Kassen an die DDR geflossen bzw. dieser aus öffentlichen Kassen mittel- oder unmittelbar zugute gekommen sind, also über den Bun- deshaushalt, den Landeshaushalt von Berlin sowie die Haushalte von Bundespost und Bun- desbahn. Die Aufstellung lautet wie folgt (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage, BT-Drs. 8/1554):

1. An unmittelbaren Leistungen aus dem Bundeshaushalt wurden 1977 erbracht:

- Pauschale für den Transitverkehr von und nach  
Berlin (West)..... 400 Millionen DM  
bzw. Verrechnungseinheiten
- Kostenbeteiligung des Bundes an der Grunder-  
neuerung der Autobahn Berlin-Helmstedt und  
anderen Verbesserungen in diesem Verkehrs-  
bereich..... 79,8 Millionen DM
- Übernahme der Kosten von Maßnahmen zur Ver-  
besserung des Eisenbahnverkehrs von und  
nach Berlin (West)..... 18,6 Millionen DM

2. Mittelbare Leistungen aus dem Bundeshaushalt  
in Höhe von..... 25 Millionen DM;

- davon allein 18 Millionen für Einreisege-  
nehmigungsgebühren für Reisen von West-  
Berlinern in die DDR und nach Berlin (Ost).

3. Aus dem Haushalt des Landes Berlin wurden  
1977 an die DDR abgeführt..... 70,3 Millionen DM

- davon 23,3 Millionen für die Abnahme von  
Bauschutt, Bodenaushub und festen Sied-  
lungsabfällen.
- 31,4 Millionen für Abnahme und Beseitigung  
von Abfallstoffen,  
und
- 11,7 Millionen für Abnahme und Behandlung  
von Abwässern.

4. Aus dem Haushalt der Bundespost gingen 1977  
an die DDR insgesamt..... 97 Millionen DM

- davon 85 Millionen für die Abgeltung von  
Leistungen der Post der DDR im Post- und

Fernmeldeverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten und 8,3 Millionen für die Abgeltung der von der DDR-Postverwaltung vermittelten Leistungen im Postverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West).

5. Dem Haushalt der Bundesbahn wurden aus dem Saldenausgleich mit der Deutschen Reichsbahn 1977 94,9 Millionen gutgeschrieben. Hier ist also für die westdeutsche Seite ein Plus festzuhalten.
6. Die umsatzsteuerlichen Mindereinnahmen bei Bezügen aus der DDR betragen 1977 390 Millionen DM. Verringert um die Mehreinnahmen aus der Besteuerung der Leistungen in die DDR verblieb ein Saldo von 165 Millionen DM. Die Schwierigkeit bei diesem Betrag ist, daß wir nicht genau wissen, in welcher Aufteilung er bundesdeutschen und DDR-Geschäftspartnern zugute kommt. Trotz Bedenken sei ein Betrag von 85 Millionen zugunsten der DDR eingesetzt.
7. Zinersparnis für die DDR aus dem Swing 1977..... 50 Millionen DM

Rechnet man alle genannten Beträge zusammen, vermehrt um 130 Millionen DM für humanitäre Zwecke und vermindert um 94,9 Millionen DM aus dem Aktivsaldo der Bundesbahn, so ergibt sich eine Summe von 860,8 Millionen DM. Dieser Betrag ist im vergangenen Jahr aus öffentlichen Kassen, für deren Inhalt der Steuerzahler aufkommt bzw. geradezustehen hat, an die DDR gezahlt worden. Das waren pro Kopf der Bevölkerung gerechnet etwa 14 DM.

Knapp die Hälfte von diesen 860 Millionen, nämlich 400 Millionen DM, mußte allein für die Transitpauschale aufgewendet werden, das heißt, pro Kopf der Bevölkerung der Bundesrepublik nicht ganz sieben DM. Insgesamt flossen 600 Millionen von den 860 Millionen, also rund 70 Prozent, der DDR für Zwecke zu, die mit der territorialen Lage West-Berlins in Verbindung stehen: Für den ungehinderten, störungsfreien Transitverkehr, den Ausbau der Straßen-, Eisenbahn- und Fernmeldeverbindungen, die Erstattung von Einreisegebühren, die Abnahme von Müll, Schutt und Abwässer.

So sieht der handfeste Inhalt aus, den das Wort Entspannungspolitik seit dem Vier-Mächte-Abkommen für Berlin gewonnen hat und der sich im übrigen aus der Antwort auf die Kleine Anfrage sehr wohl ersehen läßt. Dies an die Adresse des Kollegen Wohlrabe gesagt, der vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken sucht, die Bundesregierung schenke die von ihm zusammengeschusterten Horrorbeträge schon für das bloße Wort "Entspannung" her. Eine solche Präsentation, die ja doch etwas bewirken will, ist um so erstaunlicher, als sie ausgerechnet von einem Berliner Abgeordneten kommt. Was er damit gerade im Interesse Berlins bewirken will, bleibt unerfindlich.

(-/9.3.1978/va-he/ks/ja)

+ + +

## Aussperrung ist Konfliktstrategie

## Die soziale Frage nach den Arbeitsbedingungen

Von Helmut Rohde MdB

Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die Arbeitgeber irren, wenn sie annehmen, daß mit Aussperrungen die soziale Frage der Arbeitnehmer nach den Auswirkungen des technischen Fortschritts vom Tisch gebracht werden kann. Im öffentlichen Bewußtsein breitet sich die Erkenntnis aus, daß die Beziehungen zwischen Technik und Arbeit nicht einseitig zu Lasten der Arbeit verändert werden können. Wie sich Arbeitsplatzverhältnisse und Arbeitsorganisation unter den Bedingungen hochgezüchteter Technologien entwickeln, ist in allen Industrieländern eine wichtige soziale Frage im Blick auf die Zukunft geworden. Sie muß beantwortet und kann nicht durch sozialen Druck von oben verdrängt werden. Heute sind es die Setzer, Drucker und Journalisten, morgen Metallarbeiter, die Beschäftigten in den Büros und andere, die solche Fragen stellen.

Daß es sich hierbei nicht um eine Art "Maschinenstürmerei" handelt, zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung und beweisen die aktuellen Stellungnahmen der Gewerkschaften. Sie wissen, daß neue Produktionsverfahren die Arbeit leichter, abwechslungsreicher und auch interessanter machen können, daß damit zum Beispiel auch Chancen kürzerer Arbeitszeit verbunden sind. Diese Chancen aber werden in ihr Gegenteil verkehrt, wenn technischer Fortschritt einseitig auf die Unternehmensgewinne hin organisiert, qualifizierte Facharbeit abgewertet und die Arbeitsorganisation nicht mit den neuen Bedingungen weiterentwickelt wird.

Wer den sozialen Konflikt sucht, anstatt die Tarifautonomie zu konkreten Verhandlungen zu nutzen, wird auf die Solidarität der Arbeitnehmer, der Arbeiter wie der Angestellten, stoßen. Sie alle sind von dieser grundlegenden Frage betroffen. Die Arbeitgeber können nicht damit rechnen, daß die Arbeitnehmer eine Strategie durchgehen lassen werden, die darauf abzielt, im Stile der Salamtaktik Stück für Stück die Substanz menschlicher Arbeit auszuhöhlen.

"Intelligente" Technik und intelligente Arbeitsorganisation dürfen nicht in Widerspruch zueinander gebracht werden. Sonst müßte man fragen, was das für eine Perspektive für ein Land wäre, das seiner jungen Generation sagt, sie müsse sich qualifiziert bilden und ausbilden, um Zukunftsanforderungen gerecht zu werden. Die Humanisierung der Arbeit und die Erweiterung der Bildungschancen sind Eckwerte sozialer und politischer Stabilität, die nicht durch kurzfristige Konfliktstrategien aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Wenn die Technik hochgezüchtet wird, soziale Verantwortung und soziale Phantasie aber verkümmern, dann droht mehr als nur eine Tarifaueinandersetzung.

Anstatt die Türen zur Arbeit zuzusperren, müssen die Türen für Verhandlungen aufgemacht werden. Die Zukunft der Arbeitnehmer, die Frage nach den Bedingungen und der Organisation der Arbeit im Zeitalter der Hochtechnisierung läßt sich nicht aussperren.

(-/9.3.1978/ks/ja)

+ + +

Peinliche Lektion für Unions-Parteien in Brüssel

---

"Europäische Rumpfpartei" keine Alternative für europäischen Wahlkampf

Von Bruno Friedrich MdB

Vizepräsident des Bundes Sozialdemokratischer Parteien in der EG und

Mitglied des SPD-Vorstandes

Die christdemokratischen und konservativen Parteien haben es nicht geschafft, ihre Zusammenarbeit auf europäischer Ebene umfassend zu organisieren. Die Konferenz in Brüssel wies leere Plätze auf: London und Kopenhagen waren überhaupt nicht vertreten, aus Paris fehlten die Gaullisten. Auch der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß glänzte durch Abwesenheit.

Die in Brüssel konferierenden konservativen Parteien haben es abgelehnt, den deutschen Mißbrauch des großen C zu europäisieren. CDU/CSU haben auch noch in anderen Punkten - mit der europäischen Realität konfrontiert - zurückstecken müssen.

So wurde den deutschen Unions-Parteien auf dem Kongreß der "Europäischen Volkspartei" in Brüssel eine peinliche Lektion in Sachen Demokratie durch den belgischen Ministerpräsidenten Leo Tindemans erteilt. Mit seinem entschiedenen Eintreten für eine Politik des Friedens und der Entspannung nach Außen und der pluralen Demokratie im Innern Europas haben sich Tindemans und mit ihm die übrigen Christdemokraten aus den Nachbarländern klar von der CDU/CSU-Linie des Alles oder Nichts abgesetzt. Damit hat der Chef einer christlich-sozialistischen Koalitionsregierung in Belgien den Versuch der Union, die Verdummungsalternative von "Freiheit oder/statt Sozialismus" auf die europäische Bühne zu heben, zurückgewiesen. Solchen und ähnlichen Gespensterparolen aus dem Schattenkabinett des Helmut Kohl hat Leo Tindemans mit seiner Brüsseler Spitze wohl endgültig den verdienten Platz in der europäischen Mottenkiste zugewiesen.

Durchlöchert ist die Glaubwürdigkeit der Unions-Parteien auch durch den jüngsten Pakt der italienischen Christdemokraten mit der kommunistischen Partei des Landes.

Schließlich konnte auf diesem europäischen Kongreß der ideologische Eklat nur durch die Absage von Franz Josef Strauß im letzten Augenblick verhindert werden. Strauß will sich auch europäisch die Möglichkeit einer rechtskonservativen Vierten Partei offenhalten.

Die europäischen Sozialdemokraten bedauern es im Interesse einer pluralen Demokratie, daß diese "Europäische Rumpfpartei" für den europäischen Wahlkampf keine Alternative ist.

(-/9.3.1978/ks/gat)

+ + +